

Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Weizenkrise führt zu Versorgungsengpässen bei Mehl und Brot

Massive Korruption, verfehlte Lagerhaltung und Versagen der zuständigen Behörden haben im März und April zur schlimmsten Nahrungsmittelkrise in der Geschichte des Landes geführt. Zum Teil dramatische Ausmaße annehmende Engpässe bei der Versorgung der Bevölkerung mit Weizen, der in Form von Brotmehl als Grundnahrungsmittel dient, führten über Wochen hinweg landesweit zu Rationierungen von Weizen, Mehl und Brot sowie zu empfindlichen Preissteigerungen der betroffenen Produkte. Wiederholt kam es in den großen Städten zu Plünderungen von Geschäften und Mühlen durch aufgebrachte Menschenmengen. Auch LKW-Konvois mit Weizen und Mehl wurden von wütenden Demonstranten auf offener Straße gestoppt und ausgeraubt, wie beispielsweise auf der Grand Trunk Road, der Hauptverkehrsachse zwischen den beiden Provinzhauptstädten Lahore und Peshawar, so daß solche Transporte von Bewaffneten begleitet werden mußten. Bei der Verteilung der Mehlrationen an die Bevölkerung konnten die Behörden nur mit einem massiven Polizeiaufgebot Unruhen und Ausschreitungen verhindern. Inzwischen haben Notimporte aus dem Ausland zur Entspannung der Lage geführt.

Wurden zunächst die im Grenzgebiet zu Afghanistan lebenden afghanischen Flüchtlinge, die angeblich Weizen in großem Stil in ihr Heimatland schmuggeln, von den Politikern für die Krise verantwortlich gemacht, sprechen die bislang aufgedeckten Hintergründe der Krise eher für innerpakistanische Ursachen: Einerseits haben korrupte Beamte, profitgierige Politiker und Mühlenbesitzer in einer für alle Beteiligten lukrativen Allianz durch künstliche Verknappung des Angebots eine verhängnisvolle Preisspirale für Weizen und Weizenprodukte in Gang gesetzt, andererseits ließen es die Behörden zu, daß die Weizenreserven des Landes bis auf einen zu vernachlässigenden Rest zusammenschmolzen. Zuletzt lagerten bei einem geschätzten Jahresbedarf von knapp 20 Millionen Tonnen nur noch 400.000 Tonnen in den Depots, wie Offizielle gegenüber der Presse berichte-

ten. Ironischerweise meldeten die Statistiken des Landwirtschaftsministeriums für 1996/97 mit 17,5 Millionen Tonnen Weizen eine Rekordernte, so daß bereits eine Importlücke von 2,4 Millionen Tonnen genügte, um die jetzige Krise auszulösen.

Armee nach Skandalserie am Pranger: Marinechef entlassen

Premierminister Nawaz Sharif hat am 24. April den Oberkommandierenden der Marine, Admiral Mansurul Haq, wegen Korruption und Mißbrauch von Haushaltsmitteln entlassen. Damit wurde erstmals seit 25 Jahren ein Mitglied der obersten Armeeführung von einer zivilen Regierung gefeuert. Dem Marinechef wird vorgeworfen, beim Kauf von drei französischen U-Booten vom Typ Agosta 90-B im September 1994 im Wert von 900 Millionen US-Dollar Bestechungsgelder angenommen zu haben. In diesen Deal soll auch Benazir Bhuttos Ehemann Asif Ali Zardari, ein enger Freund Mansurul Haqs, verwickelt gewesen sein. Außerdem soll der Admiral laut pakistanischen Presseberichten in Karachi in großem Stil Landbesitz der Marine an Bodenspekulanten verkauft haben, um sich persönlich zu bereichern. So ordnete Mansurul Haq beispielsweise den Umzug der Marineoffiziersschule aus der Hafentropole ins ferne Lahore an, um wertvolle Immobilien für ein solches Privatgeschäft zu räumen. Im Vergleich dazu nehmen sich die gleichfalls publizierten Berichte über Privatfeiern des Bhutto-Clans an Bord von Kriegsschiffen und dem Einsatz von Marineflugzeugen zwischen Karachi und Islamabad, um die frühere Premierministerin in der Hauptstadt mit frischen Garnelen zu versorgen, vergleichsweise harmlos aus.

Nähere Ermittlungen in den aufgedeckten Marinekandalen führten am 26. April zu ersten Verhaftungen. Betroffen waren der ehemalige Vorsitzende des 'Karachi Port Trust' (KPT) Akbar Khan, ein Vize-Admiral im Ruhestand, sowie weitere acht hochrangige Offizielle der Hafenbehörde. Admiral Mansurul Haq selbst war bis zu seiner Ernennung zum Marinechef Leiter des KPT.

Doch auch der Stuhl des Ober-

kommandierenden der Luftwaffe, Marschall Abbas Khattak, wackelt nach einer seine Teilstreitkraft erschütternden Skandalserie: Auslöser war hier die Verhaftung von Geschwaderkommandant Farooq Ahmed durch amerikanische Drogenfahnder am 9. April in New York, die den pakistanischen Offizier in einem McDonalds Restaurant mit zwei Kilogramm Heroin im Schwarzmarkt看rtwert von 160.000 Dollar aufgriffen. Das Rauschgift hatte er aus Pakistan an Bord einer Luftwaffenmaschine geschmuggelt, die in den USA Ersatzteile für pakistanische F-16 Kampfflugzeuge abholen sollte. Wie eingeleitete Ermittlungen der pakistanischen Geheimdienste ergaben, gehörte Farooq Ahmed einem innerhalb der Luftwaffe existierenden weitverzweigten Schmugglerring an, der mit Jets der Air Force auch im großen Umfang Computerteile aus den USA nach Pakistan geschleust haben soll. Wie ein Geheimdienstsprecher gegenüber der Presse berichtete, seien inzwischen sämtliche Mitglieder der Bande hinter Schloß und Riegel. Gegenüber der Öffentlichkeit wurde jedoch nur die Verhaftung eines weiteren Geschwaderkommandanten aus Rawalpindi bekanntgegeben.

Sensibilisiert durch die intensive Berichterstattung über die kriminellen Aktivitäten hochrangiger Luftwaffenangehöriger stießen auch Presseberichte über angebliche Korruptionsdelikte des Luftwaffenchefs selbst in der Öffentlichkeit auf reges Interesse. So wurde unter Berufung auf Aussagen von Zeugen im Generalsrang der Vorwurf laut, Marschall Abbas Khattak habe beim Kauf von 40 museumsreifen französischen Kampfflugzeugen vom Typ Mirage 5 und deren Überholung zu völlig überzogenen Preisen durch die französische Rüstungsfirma Sagem hohe Bestechungsgelder erhalten. Als gefährlichster Kritiker des noch amtierenden Oberkommandierenden der Luftwaffe profilierte sich im Rahmen der laufenden Kampagne sein ehemaliger Stellvertreter Marschall Arshad Chaudhry, der im Januar nach Streitigkeiten mit seinem Vorgesetzten unter öffentlich geäußertem Protest gegen die herrschenden Zustände in der Air Force beim Präsidenten seinen Rücktritt einreichte. Mittlerweile gilt Arshad Chaudhry als wichtigster

chungsgelder erhalten. Als gefährlichster Kritiker des noch amtierenden Oberkommandierenden der Luftwaffe profiliert sich im Rahmen der laufenden Kampagne sein ehemaliger Stellvertreter Marschall Arshad Chaudhry, der im Januar nach Streitigkeiten mit seinem Vorgesetzten unter öffentlich geäußertem Protest gegen die herrschenden Zustände in der Air Force beim Präsidenten seinen Rücktritt einreichte. Mittlerweile gilt Arshad Chaudhry als wichtigster Kronzeuge der neuen Regierung für die offenbar gegen die Armee angelaufene Säuberungskampagne. Der Posten des Oberkommandierenden der Armee, Jehangir Karamat, ist dabei allerdings kaum in Gefahr, da dieser schon die Übergangsregierung - vergeblich - zum Handeln aufgefordert hatte. Entsprechend unterstützt der Generalstabschef in öffentlichen Stellungnahmen zu den laufenden armeeinternen Untersuchungen nach Kräften die Anti-Korruptions-Politik der Sharif-Administration. Der Lohn: Das einflußreiche Monatsmagazin 'The Herald' kürte Jehangir Karamat kürzlich zum seit vielen Jahren populärsten Armeechef.

Nachwahlen: Erfolg für die Regierungsparteien

Bei Nachwahlen zur Nationalversammlung und zum punjabischen Provinzparlament am 15. April haben sich jeweils die Kandidaten des Regierungslagers durchgesetzt. Im Rennen um insgesamt fünf vakante Abgeordnetensitze des Bundesparlaments eroberte die 'Pakistan Muslim League' (PML) von Premierminister Nawaz Sharif drei Mandate, darunter zwei Wahlkreise in der punjabischen Landeshauptstadt Lahore, während die verbündete 'Mohajir Qaumi Movement' (MQM) in ihrer Hochburg Karachi zweimal erfolgreich war. Den Nachholurnengang im Punjab um die Landtagsmandate von Rawalpindi, Gujranwala, Pattoki und Multan konnte die PML in allen vier Fällen für sich entscheiden. Das Ergebnis ändert nichts an den bestehenden Mehrheitsverhältnissen in beiden Parlamenten, da schon zuvor Politiker der jetzt siegreichen Parteien die betroffenen Wahlkreise vertreten hatten. Die Nachwahlen waren nötig geworden, da diverse Spitzenpolitiker wie der neue punjabische Ministerpräsident Shabaz Sharif nach der Übernahme von Regierungssämtern ihre bei den Februarwahlen gewonnenen Abgeordnetensitze und errungene Doppelmandate zurückgegeben hatten.

Kabinettsliste vorgelegt

Premierminister Nawaz Sharif hat nach seinem Amtsantritt im Februar und

zum Teil langwierigen Koalitionsverhandlungen in den Provinzen das Personal für die zu vergebenden politischen Spitzenpositionen nahezu beisammen. Auffällig ist die vorerst mit nur neun Ministern besetzte relativ kleine Kabinettsrunde, in der treue Weggefährten des Regierungschefs, die schon während seiner ersten Amtszeit in den Jahren 1990 bis 1993 Ministerposten inne hatten, dominieren. Zu den profiliertesten Köpfen in diesem Kreis zählt zweifellos Sartaj Aziz, der als weit über die Landesgrenzen hinaus anerkannter Wirtschaftsfachmann und langjähriger Finanzminister an seine alte Wirkungsstätte zurückkehrt. Der ehemalige Sprecher der Nationalversammlung Gohar Ayub Khan, Sohn des früheren Militärdiktators Ayub Khan, übernimmt neben dem Außenministerium noch die Ressorts "Kashmir & Northern Areas" sowie "States & Frontier Regions", während der neue Innenminister Shujat Hussain auch die Geschäftsbereiche "Drogenkontrolle", "Eisenbahnen" und "Arbeit" zu betreuen hat. Der frischgebackene Handelsminister Mohammad Ishaq Dar, bislang Geschäftsführer des Stahlimperiums der Familie des Premierministers, ist außerdem für das Industrie- und das Investitionsministerium zuständig. Abida Hussain, der einzigen Frau im Kabinett, unterstehen mit den Ressorts "Umwelt & Städtewesen", "Regionalverwaltung & Ländliche Entwicklung", "Bevölkerung & Wohlfahrt" und "Soziales & Erziehung" sogar vier Ministerien. Nisar Ali Khan, der während der ersten Amtszeit des Premierministers als Schlüsselfigur der Sharif-Regierung galt, tritt an die Spitze der Ministerien für "Erdöl & Bodenschätze", sowie für "Wasser & Energie". Die Geschäftsbereiche "Bildung" und "Bau" übernimmt künftig Asghar Ali Shah. Azam Hoti nimmt als Kommunikationsminister am Kabinettsstisch Platz. Mushahid Hussain, ein gelernter Journalist und früherer Chefredakteur, leitet in Zukunft das Informationsministerium. Das Verteidigungsministerium bleibt zunächst unbesetzt und wird vorläufig von Nawaz Sharif mitverwaltet. Außerdem ernannte der Premier mit Chaudhry Farooq einen neuen Generalstaatsanwalt und mit Mohammad Yaqub einen neuen Gouverneur der Staatsbank. Die ebenfalls nach politischen Kriterien besetzten Botschafterposten in Washington und am Sitz der Vereinten Nationen in New York gehen an Riaz Khokhar beziehungsweise Ahmed Kamal Khan. Auch der pakistanische Botschafter in Deutschland, Asad Durrani, der sich aller Voraussicht nach wegen eines Bestechungsskandals während des Wahlkampfs im Herbst 1993 in Kürze vor Gericht verantworten muß, wird abberufen. Sein Nachfolger

wird Gul Haneef.

Massenverhaftungen in Karachi

Bei einem gemeinsamen Großeinsatz von Polizei und paramilitärischen Sicherheitskräften gegen den Haqiqi-Flügel der seit kurzem im Sindh mitregierenden 'Mohajir Qaumi Movement' (MQM) sind am 17. April in der noch vor wenigen Monaten von bürgerkriegsähnlichen Unruhen erschütterten sindhischen Millionenmetropole Karachi mehr als 100 Personen verhaftet worden. Laut einem entsprechenden Bericht der pakistanischen Tageszeitung 'The News' wurden die mutmaßlichen Anhänger und Aktivisten der MQM (H) im Rahmen einer von den Behörden als "Operation Green Fox" bezeichneten Nachtaktion bei zeitgleich in insgesamt 15 verschiedenen Stadtbezirken durchgeführten Haus-zu-Haus-Durchsuchungen aufgegriffen und mit verbundenen Augen an bislang unbekannte Aufenthaltsorte verschleppt. Angehörige der Sicherheitskräfte sollen dabei nach Journalistenrecherchen auch weibliche Familienangehörige der Verhafteten mißhandelt haben. Außerdem beklagten Augenzeugen, daß die Uniformträger ihren Opfern weder Durchsuchungs- noch Haftbefehle vorgezeigt hätten. Im Anschluß an die Aktion kam es vor mehreren Polizeistationen der Stadt zu spontanen Protestkundgebungen.

Im Rahmen von zwei weiteren gegen Gefolgsleute der MQM (H) gerichteten Razzien am 1. und 2. Mai verhafteten Polizeieinheiten weitere 300 Menschen (ein Polizeisprecher bestätigte allerdings nur 54 Verhaftungen). Auch hierbei sollen die Sicherheitskräfte laut Presseberichten mit großer Brutalität vorgegangen sein. Die Polizei rechtfertigte anschließend den Einsatz mit dem Hinweis auf angebliche Waffen- und Munitionsfunde während der Aktion.

Die MQM (H) hatte sich im Juni 1992 nach der Armeeoffensive gegen die MQM und der damit einhergehenden militärischen Besetzung Karachis als regierungstreuer Minderheitsflügel von der Mutterpartei unter Führung des mittlerweile im Londoner Exil lebenden Parteichefs Altaf Hussain abgespalten. Seitdem tobte zwischen diesen beiden Fraktionen ein verlustreicher Bruderkrieg, in dem sich die wesentlich kleinere MQM (H) nach Einschätzung von Beobachtern der massiven Unterstützung der Geheimdienste erfreute. Spätestens seit dem Triumph des in Anspielung auf den Namen ihres Vorsitzenden als MQM (A) bezeichneten Mehrheitsflügels bei den jüngsten Wahlen, die deren Kandidaten aus dem Stand als zweitstärkste Fraktion in den sindhischen Landtag und als drittstärkste politische Kraft in die

Nationalversammlung katapultierte, hat jedoch die politische und militärische Führung des Landes das Interesse an der MQM (H) verloren: Der einstige Paria MQM (A) hat sich mit dem überzeugenden Wahlerfolg und als frischgebackener Koalitionspartner der Sharif-Regierung auf der Bühne der Mainstream-Politik zurückgemeldet, so daß die Handlangerdienste einer gewaltbereiten parteiinternen Radikalopposition zum überflüssigen Störfaktor geworden sind.

Karachi: Terrorist gewaltsam befreit

Mit einem spektakulären Überfall auf ein Krankenhaus in Karachi hat eine Gruppe Bewaffneter einen zum Tode verurteilten Terroristenchef befreit, der sich dort von einer Operation erholte. Dabei erschossen die maskierten Männer zwei zur Bewachung des Gefangenen abkommandierte Polizisten und verletzten drei weitere. Dies meldete am 28. April die pakistanische Tageszeitung 'The Nation'. In der daraufhin unter Patienten und Personal ausbrechenden Panik konnten die um sich schießenden Täter mit dem mit Handschellen gefesselten Häftling unbehelligt entkommen.

Der jetzt befreite Ashgar Ali Shah galt bis zu seiner Verhaftung im Jahr 1992 als Kommandant einer der gefährlichsten Untergrundbanden Karachis, die im Auftrag der sindhi-nationalistischen Splitterpartei 'Jeay Sindh Tehrik' in zehn Jahren über 100 Entführungen, zahllose Autodiebstähle und mehrere Mordanschläge begangen haben soll. Nach Angaben der ermittelnden Behörden dienten die Verbrechen der Geldbeschaffung zugunsten der Parteikasse beziehungsweise der Eliminierung politischer Gegner.

In Reaktion auf die gelungene Befreiungsaktion, die laut kritischer Pressestimmen durch sträfliche Nachlässigkeit der Polizeibehörden erleichtert wurde, mußte der berüchtigte Polizeichef von Karachi, Niaz Ahmed Siddiqi, seinen Posten räumen. Nachfolger im Amt ist Malik Iqbal, der zuvor eine zur Terroristenbekämpfung eingesetzte Spezialeinheit geleitet hatte.

Expertenteam soll Korruption und Wirtschaftskriminalität bekämpfen

Die Bundesregierung in Islamabad hat am 28. April ein mit Juristen, Wirtschaftsexperten und hohen Polizeioffizieren zusammengestelltes 130köpfiges Sonderdezernat zur Bekämpfung der ausufernden Korruption und Wirtschaftskriminalität ins Leben gerufen, das insbesondere in Verdachtsfällen gegen Politiker und Spitzenbürokraten tätig werden soll. Wie ein Sprecher des Premierministers vor der

Presse erläuterte, verspricht sich die Sharif-Administration von der Delegation der Fahndungsarbeit an handverlesene Fachleute eine beschleunigte Abwicklung der zu erwartenden Lawine von Ermittlungsverfahren. Außerdem kündigte er bei dieser Gelegenheit die Veröffentlichung einer offiziellen Liste mit den Namen korrupter Regierungsmitarbeiter an, denen der Prozeß gemacht werden soll. Schon jetzt habe man 91 Beamte wegen Korruptionsdelikten vom Dienst suspendiert, denen noch weit mehr folgen würden, hieß es. Dem Vernehmen nach soll die Säuberungswelle nicht auf Politiker und Bürokraten beschränkt bleiben, sondern in einem nächsten Schritt auch auf die Führungskräfte staatseigener Konzerne wie PTC (Pakistan Telecommunications Cooperation) oder WAPDA (Water and Power Development Authority) ausgedehnt werden.

NWFP: Ex-Ministerpräsident vor Gericht

Wegen illegaler Spekulationsgeschäfte mit staatlichem Bauland wurde am 28. April gegen mehrere prominente Mitglieder der im November 1996 entlassenen Landesregierung der "North-West Frontier Province" (NWFP) vor dem Obersten Gerichtshof in der Provinzhauptstadt Peshawar ein Verfahren eingeleitet. Unter den Angeklagten befindet sich neben dem geschäftigen Ministerpräsidenten Aftab Ahmed Sherpao auch der frühere Anti-Korruptionsminister der Provinz.

Politiker wegen illegalen Waffenbesitzes verhaftet

Die Polizei hat Ende April im punjabischen Distrikt Sheikhpura innerhalb von 24 Stunden fünf Politiker wegen illegalen Waffenbesitzes festgenommen. Wie die Tageszeitung 'Dawn' berichtete, richtete sich die Aktion unter anderem gegen Saeed-ul Haq Dogar, Abgeordneter der regierenden 'Pakistan Muslim League' (PML) im punjabischen Landtag, und gegen Rai Ijaz Ahmad Khan, Ex-Provinzminister und Vize-Präsident der 'Pakistan People's Party' (PPP) im Punjab. Damit griffen die Behörden erstmals in eine die Region schon seit längerem in Atem haltende Blutfehde zwischen der Familie Dogra und dem Rai-Clan ein, die bislang 20 Menschenleben forderte. Das bislang letzte Opfer der Vendetta war mit Rai Saeed Ahmad - ein Bruder von Rai Ijaz Ahmad Khan - ebenfalls ein Provinzparlamentarier. Der jetzt verhaftete Saeed-ul Haq Dogar steht unter Verdacht, in den Mordfall verwickelt zu sein.

Ob auch den ebenfalls verhafteten

Oppositionspolitikern Saeed Zafar Padhiar, früher punjabischer Informationsminister, und Rana Afzal Khan, ehemaliger Landtagsabgeordneter, eine Beteiligung an der Fehde der Dogras und Rais vorgeworfen wird, blieb unklar.

Französische Entwicklungshelfer ausgewiesen

Die Bundesregierung in Islamabad hat am 20. April zwei Franzosen, die in einem Slum von Karachi in einer Schule für behinderte Kinder arbeiteten, trotz massiver Intervention des französischen Generalkonsulats in Karachi und des französischen Botschafters zwangsweise des Landes verwiesen. Das Innenministerium begründete diese Maßnahme mit dem angeblich außen- und sicherheitspolitischen Interessen Pakistans gefährdenden Verhalten der beiden Entwicklungshelfer. Die genauen Begleitumstände und Hintergründe der Affäre blieben unklar, da sich weder die pakistanische Regierung noch die diplomatische Vertretung der Franzosen gegenüber der Presse dazu äußern wollten. Es wurde lediglich bekannt, daß schon im Vorfeld der Ausweisung längere Zeit auf höchster Ebene um das weitere Schicksal der Betroffenen - ein Mann und eine Frau aus Lyon - verhandelt worden war.

Islamabad fordert Bezahlung seiner Blauhelme

Pakistan fordert von der UNO die Bezahlung seiner Blauhelm-Soldaten. Dies berichtete die Dritte-Welt-Nachrichtenagentur Inter Press Service aus Washington. Die UNO schuldeten dem Land, das weltweit die meisten Soldaten für Friedensmissionen abstellt, 45,2 Millionen US-Dollar. Bei keinem anderen Entwicklungsland stehe die Weltorganisation derart hoch in der Kreide. Insgesamt beliefen sich die Schulden der UN bei den 68 Staaten, die sich an den Friedensoperationen beteiligten, auf 1,2 Milliarden Dollar, so der pakistanische Botschafter bei den UN, Ahmad Kamal. Ein Dritte-Welt-Land wie Pakistan treffe die finanzielle Misere der UN besonders hart. Die UN unterhält derzeit 14 Friedensmissionen mit 23.861 Blauhelmen. Die meisten der Soldaten, 1725, kommen aus Pakistan.